

ASIEN AKTUELL

Vergangenheitsbewältigung mit Lücken: Die südkoreanische Wahrheitskommission beendet ihre Arbeit

Roland Bleiker¹ und Tsche Kwang-jun²

Vor gut zwei Jahren wurde vom damaligen südkoreanischen Präsidenten, Kim Dae Jung, eine Wahrheitskommission ins Leben gerufen, um "suspekte Todesfälle" zu klären, die sich unter der autoritären Herrschaft seiner Vorgänger ereigneten. Diese Aufgabe ist politisch wie auch rechtlich äußerst schwierig, denn Militärdiktaturen und andere repressive Regierungssysteme prägten einen großen Teil des koreanischen Lebens seit der von Außen aufgedrängten Teilung der Halbinsel am Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Kommission hat vor kurzem ihre Arbeit beendet. Sie veröffentlichte auch den Schlussbericht über den wohl prominentesten der insgesamt dreiundachtzig Fälle: der Tod von Professor Tsche Chong-kil. Aus diesem Fall lassen sich auch einige äußerst interessante Folgerungen schließen über die Arbeit einer Kommission, die im Ausland bis anhin viel zu wenig Beachtung gefunden hat.

Professor Tsche war Rechtsprofessor an der prominenten Seoul National Universität. Am 16 Oktober 1973, im Alter von dreiundvierzig Jahren, wurde Tsche zum Büro des koreanischen Nachrichtendienstes (KCIA) vorgeladen. Drei Tage später fand man ihn tot auf. Nach der offiziellen Version der Ereignisse "hat Tsche zugegeben, Teil eines (nordkoreanischen) Spionagenetzes zu sein, und ist dann, von Schuldgefühlen geplagt, aus dem Toilettenfenster im siebten Stock des KCIA Gebäudes gesprungen." Tsches Familie, Kollegen und Freunde haben diese Freitodversion, wie auch die Spionageanschuldigungen, immer vehement bestritten. Tsche habe sich oft kritisch über das damalige Regime von Park Chung-hee geäußert und es sei daher anzunehmen, dass er entweder aus dem Fenster in den Tod gestoßen wurde oder selbst sprang, um der Folter zu entgehen.

¹ Roland Bleiker ist Dozent für Internationale Beziehungen an der Universität von Queensland in Australien und zurzeit als Humboldtstipendiat am Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt Universität in Berlin. Er war Mitglied der Neutralen Überwachungskommission in Panmunjom und arbeitet zurzeit an einem Buch über Koreanische Sicherheitspolitik.

² Tsche Kwang-jun ist Dozent für Familienrecht an der Kyung Hee Universität in Seoul. Er ist der Sohn von Professor Tsche Chong-kil, dessen Tod von der Wahrheitskommission untersucht wurde.

Die Wahrheitskommission hat nun die alternative Version der Ereignisse bestätigt: Vertreter von mehreren aufeinanderfolgenden Regierungen sollen systematisch gelogen haben, um ihre problematische Vergangenheit so zu vertuschen. Diese Einsicht ist an sich nicht sonderlich erstaunlich, denn ein Leitartikel in einer koreanischen Tageszeitung, dem *Korea Herald*, stellte schon vorletztes Jahr fest, dass "eigentlich Niemand die offizielle Version der Ereignisse glaubt, heute wie dazumal." Nun sind jedoch unzählige Interviews, Dokumente und medizinische Untersuchungen vorhanden, die auch beweisen, dass Professor Tsche gefoltert wurde und entweder direkt oder indirekt daran starb. Auch in vielen anderen Fällen erkannte die Kommission eine staatliche Schuld an. Aber trotz dieses offiziellen Geständnisses und den dazu gelieferten Beweisen, hat es die Wahrheitskommission nicht geschafft, einen Prozess der Vergangenheitsbewältigung einzuleiten. Drei Probleme sind dabei von besonderer Bedeutung.

Erstens, die Befugnis der Kommission war zu eng artikuliert. Sie war beschränkt darauf, "die Wahrheit über suspekte Todesfälle zu erforschen, die sich während der Demokratiebewegung ereigneten." Die Kommission hätte sich mit allen Fällen abgeben müssen, in denen der repressive Staat Menschen geschädigt hat, unabhängig von deren politischen Aktivitäten. Aber sogar die limitierte Aufgabe der Kommission wurde dadurch unmöglich gemacht, dass ihre Einsatzzeit auf lediglich zwei Jahre beschränkt war: Dies ist viel zu kurz, um Koreas lange und äußerst problematische autoritäre Vergangenheit aufzuarbeiten.

Zweitens wurde der Kommission die nötige politische und administrative Unterstützung nicht gewährleistet, weder von der Polizei noch vom Militär oder vom Nachrichtendienst. Viele wichtige Dokumente waren entweder bereits zerstört oder nur sehr mühsam zu erhalten. Das ist enttäuschend, vor allem auch weil Südkoreas damaliger Präsident, Kim Dae-jung, als prominenter Verfechter der Menschenrechte bekannt ist. Enttäuschend ist auch die mangelnde Unterstützung der Öffentlichkeit, was zumindest teilweise ein Generationsproblem ist. Ältere Koreaner haben oft kein Bedürfnis, an der problematischen Vergangenheit zu rütteln, denn sie sind gezwungenermaßen darin verstrickt, sei es direkt oder nur dadurch, dass sie Menschenrechtsverletzungen geduldet haben. Die jüngere Generation ist hingegen zu sehr mit wirtschaftlichen und existenziellen Herausforderungen beschäftigt, um sich noch Gedanken über vergangene Probleme zu machen. Übrig bleibt noch ein verhältnismäßig kleines Gesellschaftssegment, dass aktive und öffentliche Vergangenheitsbewältigung für notwendig hält und auch verfolgt.

Drittens fehlte der Kommission die notwendigen Machtbefugnisse, um ihre Arbeit erfolgreich abzuschließen. Falsche Aussagen zu machen hatte, zum Beispiel, keinerlei rechtliche Konsequenzen. Ohne jegliche Bestrafung befürchten zu müssen, hatten daher viele Beamte und Offiziere, die dazumal bei den problematischen Ereignissen beteiligt waren, keinerlei Motivation, mit der Wahrheit ans Licht zu rücken. Das hätte ihnen nur schaden können. Die Kommission wäre hingegen viel effektiver gewesen, hätte sie, wie das in Südafrika der Fall war, Amnestie gegen Wahrheit austauschen können. Mehr über die Vergangenheit zu wissen, wäre für die Angehörigen der Opfer von großer Wichtigkeit gewesen, denn viele sind nicht primär am Bestrafen der Schuldigen interessiert — etwas, das Wahrheitskommissionen

ja ohnehin nicht zu tun pflegen. Es geht vor allem darum, ein politisches Verständnis der Vergangenheit zu erarbeiten, das dann einen gesellschaftlichen Heilungsprozess einleiten könnte. Nur so lässt sich das verlorene Vertrauen zwischen Staat und Bürgern wiederherstellen.